



# Interview mit dem Polizeibeauftragten des Landes NRW

Die Landesregierung entschloss sich, die Funktion eines Polizeibeauftragten zu schaffen. Im März 2019 wurde die neue Funktion mit Thorsten Hoffmann (CDU) besetzt. Nunmehr befindet sich der Polizeibeauftragte seit sechs Monaten im Amt – eine gute Zeitspanne, um erste Eindrücke und Erfahrungen und auch persönliche Einstellungen zu erfragen.

**POLIZEISPIEGEL (PS):** Sie sind nun seit März 2019 in ihrer neuen Funktion als Polizeibeauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen direkt beim Minister angesiedelt. Wie sind Ihre ersten Erfahrungen?

**Thorsten Hoffmann:** Ich bin sehr gut und freundlich aufgenommen worden. Es war mir von Anfang an sehr wichtig, mich sofort im Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen vorzustellen, und zwar nicht nur im Ministerbüro und in der Polizeiabteilung, sondern auch bei den Interessenvertretungen und der Gleichstellungsbeauftragten. Ich wurde überall freundlich und offen empfangen und mir wurde umfassende Unterstützung zugesichert. Mittlerweile haben sich die aufgebauten Beziehungen weiter verfestigt.

Die Unterstützung durch die entsprechenden Referate des Ministeriums ist nicht nur hilfreich für meine Arbeit, sondern unverzichtbar. Die Bereitschaft aller Beschäftigten, mich bei der Bearbeitung der an mich herangetragenen Sachverhalte zu unterstützen, ist sehr groß. Grundlage erfolgreicher Zusammenarbeit sind für mich Vertrauen und Verlässlichkeit.

**PS:** Wie beschreiben Sie Ihre neue Aufgabe und wie ist Ihre bisherige Vita?

**Thorsten Hoffmann:** Als Polizeibeauftragter des Landes Nordrhein-Westfalen bin ich ein unabhängiger, niedrigschwellig erreichbarer Ansprechpartner für alle Beschäftigten in der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen. Jede oder jeder Beschäftigte in der nordrhein-westfälischen Polizei kann sich also – ohne Einhaltung des Dienstweges – mit einer Eingabe, das kann eine Beschwerde, aber auch eine Anregung sein, unmittelbar an mich wenden. Hierbei werde ich nach pflichtgemäßem Ermessen aufgrund eigener Entscheidung tätig. Die Beschäftigten dürfen weder dienstlich gemaßregelt werden noch sonstige Nachteile erfahren. Außer-



© Innenministerium NRW

Im Februar durch das Kabinett berufen und seit März im Amt – der Polizeibeauftragte NRW, Thorsten Hoffmann

dem habe ich auch ein Selbstbefassungsrecht.

Ich habe in meinem beruflichen Leben als Polizeibeamter seit 1980 in den verschiedensten Aufgabenbereichen meinen Dienst verrichtet. Ich habe daher in meinem beruflichen Leben schon eine Menge erlebt.

Diese Erfahrung erleichtert mir das Verständnis für die vielfältigen Belange der Petenten. Zudem helfen mir die in diesen Jahren entstandenen Kontakte in vielen Bereichen der Polizei bei der Bearbeitung der Eingaben an den Polizeibeauftragten.

Mit Menschen zu reden, stand immer schon im Mittelpunkt meines beruflichen wie auch meines privaten Lebens. Meine 20-jährige Tätigkeit als Kommunalpolitiker wie auch meine Zeit als Mitglied des

Deutschen Bundestages erweitern sicherlich auch meinen Blickwinkel.

Diese neue Aufgabe ist für mich eine spannende und herausfordernde Tätigkeit. Ich habe den Traum, dass alle Beschäftigten in der Polizei des Landes Nordrhein-Westfalen ihr ganzes Arbeitsleben lang die Freude an ihrer Arbeit behalten. Es ist mir aber auch ein Anliegen, deutlich zu machen, dass man als Teil der Organisation Polizei nicht nur seine Rechte und Ansprüche an die Organisation im Blick haben darf, sondern auch die hiermit verbundenen Pflichten. Ich möchte nicht, dass diese Seite der Medaille vergessen wird. Auf der anderen Seite möchte ich aber auch deutlich machen, dass die Polizei ein Arbeitgeber ist, auf den sich seine Beschäftigten verlassen können. Die Fürsorgepflicht gegenüber al-

## Impressum:

Redaktion:  
Sascha Gerhardt (v. i. S. d. P.)  
Tel. 0163.1597230  
E-Mail: redakteur@dpolg-nrw.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Graf-Adolf-Platz 6  
40213 Düsseldorf  
Tel.: 0211.93368667  
Fax: 0211.93368679  
Internet: www.dpolg-nrw.de  
ISSN 0723-1822



len Beschäftigten in der Polizei ist keine leere Worthülse – und darf dies auch nicht sein.

Ich habe das Gefühl, dass ich etwas Positives bewirken kann, für die Menschen in der Polizei und für die Organisation. Hierzu möchte ich in kollegialer und kooperativer Zusammenarbeit mit den Menschen in ihren unterschiedlichen Aufgabenfeldern und Funktionen beitragen. Ich möchte insbesondere daran mitwirken, die in der Polizei bestehende Fehlerkultur weiterzuverbessern. Das ist nicht einfach, denn dazu gehört ein offener, transparenter und vor allen Dingen wertschätzender Umgang auch in schwierigen Situationen. Das bedeutet, dass ich mich bemühe, nicht nur die beteiligten Petenten bei der Bearbeitung ihrer Angelegenheiten mitzunehmen, sondern alle Beteiligten und die Akteure in der Polizei, die diesen Prozess begleiten könnten.

Deswegen war es mir auch wichtig, von vornherein Gewerkschaften, Personalräte, Gleichstellung und Schwerbehindertenvertretung, den Sozialwissenschaftlichen Dienst in der Polizei, Polizeiseelsorger und noch viele andere „mitzunehmen“, da ich mit diesen – immer in Absprache mit den Petenten – zusammenwirken möchte. Ich bin übrigens sehr erfreut, dass dies schon in dieser kurzen Zeit funktioniert hat, und hoffe, dass dieses weiterhin von vielen Beteiligten gelebt wird.

**PS:** Welches sind die Schwerpunkte, mit denen Sie sich befasst haben – was bewegt die Kollegen aus Ihrer Sicht besonders?

**Thorsten Hoffmann:** Schon jetzt fällt mir auf, dass viele der an mich herangetragenen Probleme dadurch entstanden sind, dass die Kommunikation

zwischen den Beteiligten Störungen aufweist, dass zum Beispiel rechtliche Entscheidungen den Petenten für diese nicht verständlich oder nachvollziehbar mitgeteilt wurden. Es kommt häufig vor, dass Petenten sagen, dass Vorgesetzte, unabhängig auf welcher Ebene, nicht „richtig“ zugehört hätten. Entscheidungen oder Ergebnisse werden so präsentiert, dass diese nicht nachvollzogen werden konnten beziehungsweise gar nicht oder aus Sicht der Petenten nur schlecht erläutert würden.

Schon öfter habe ich den Spruch gehört: „Wir sind denen da oben doch egal.“ Dieses macht mich sehr nachdenklich. Bei diesen Fällen interessieren mich daher vor allem die Beweggründe und die Geschichten im Hintergrund.

Um einen ganz anderen Bereich anzusprechen: Einige Petenten hatten Verbesserungsvorschläge erarbeitet, die von Vorgesetzten einfach nicht weitergeleitet worden sind, weil sie aus deren Sicht schlecht wären oder man diese nicht bräuhete. Das darf nicht sein.

Ich bin mir sicher, dass ich noch viele Eingaben und Hinweise bekomme, an die ich bis heute noch nicht einmal gedacht habe. Das wird die Zukunft zeigen. Was ich aber nach dieser kurzen Zeit schon sagen kann, ist, dass sich auch die Beschäftigten in der Polizei wünschen, dass ihre Arbeit anerkannt und wertgeschätzt wird. Ein Lob an der richtigen Stelle schadet nicht – und kostet nicht einmal etwas. Ein positives Feedback gibt jeder Angesprochene dann auch gerne weiter. Mit der Folge, dass dies die Stimmung untereinander hebt.

**PS:** Haben Sie bereits Aspekte erkannt, die aus Ihrer Sicht dringender Veränderung bedürfen?

## Thorsten Hoffmann – beruflicher und politischer Werdegang des ersten Polizeibeauftragten des Landes NRW

Der Polizeibeauftragte NRW, Thorsten Hoffmann (CDU), wurde am 5. Februar 1961 in Castrop-Rauxel geboren und lebt heute in Dortmund.

Im Jahr 1980 begann er die Ausbildung für den mittleren Polizeivollzugsdienst des Landes Nordrhein-Westfalen und absolvierte im Jahr 1990 den Aufstieg in den gehobenen Dienst.

Im Laufe seines Berufslebens als Polizeivollzugsbeamter durchlief er zahlreiche Funktionen als Angehöriger der Schutz-, aber auch Kriminalpolizei. Im Rahmen zweier Abordnungen zu den Landeskriminalämtern Thüringens und Bayerns überschritt er zweimal die Landesgrenze.

Von 1995 bis 2014 gehörte Thorsten Hoffmann wieder seiner Heimatbehörde, dem PP Dortmund, an.

Im Jahr 1999 trat Thorsten Hoffmann in die CDU ein und engagierte sich seitdem ehrenamtlich in der Kommunalpolitik. Seit 2009 verfügt er über ein Mandat als Stadtverordneter im Rat der Stadt Dortmund. Im Jahr 2014 kandidierte er für den Deutschen Bundestag und rückte im Januar 2015 über die Reserveliste der CDU NRW für den ausgeschiedenen Spitzenpolitiker Ronald Pofalla in das Bundestages nach. Im Rahmen seiner Tätigkeit als Mitglied des Bundestages gehörte er als ordentliches Mitglied dem Innenausschuss an. Zudem war er stellvertretendes Mitglied im Petitionsausschuss sowie dem NSU-Untersuchungsausschuss. Im Zuge der Wahlen zum Deutschen Bundestag im Jahr 2017 konnte Thorsten Hoffmann kein Mandat erringen. Somit bestand für das NRW-Kabinett die Möglichkeit, den CDU-Politiker im Februar 2019 zum ersten Polizeibeauftragten des Landes NRW zu bestellen.

Quellen: [www.wikipedia.org](http://www.wikipedia.org), [cdudo-fraktion.de](http://cdudo-fraktion.de), [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de)

**Thorsten Hoffmann:** Bisher sind rund 140 Fälle mit den verschiedensten Anliegen an mich herangetragen worden. Zunächst einmal schaue ich auf jeden Einzelfall und versuche mir ein Bild zu machen, Hintergründe zu erkennen, um dann nach Absprache mit den Petenten und gemeinsam mit meinem Team den Fall zu bearbeiten.

Hierbei fallen schon bestimmte Muster auf, die sich ähneln. Völlig unabhängig von den zugrunde liegenden Sachverhalten wird deutlich, dass die Kommunikation in der Organisation verbessert werden kann. Ich denke sogar, verändert und verbessert werden muss.

Vorgesetzte müssen zuhören, egal wie unwichtig ein Sach-

verhalt diesem selbst erscheinen mag. Sätze wie „Sie müssen damit leben“ oder „Das haben wir immer so gemacht“, müssen endlich der Vergangenheit angehören.

Daher möchte ich etwas Grundsätzliches verändern. Ich versuche das anhand eines Beispiels deutlich zu machen.

Bei Einsätzen, egal ob im Rahmen der AAO oder einer BAO, zum Beispiel von Großereignissen, gibt es Einsatzvorbesprechungen und im Anschluss Einsatznachbesprechungen. Bei den Einsatznachbesprechungen sind wir schon seit Langem so professionell aufgestellt, dass es dort nicht darum geht, jemanden „schlecht aussehen zu lassen“, wenn beispielsweise



se im Nachhinein festgestellt wird, dass der Einsatz in bestimmten Bereichen anders besser gelaufen wäre. Hier geht es darum, aus der im Nachhinein gewonnenen Erkenntnis für zukünftige Einsätze zu lernen. Diese Einsatzbesprechungen sind in der Polizei gelebte und bewährte Praxis. Das muss auch für den Bereich des Umgangs miteinander gelten. Hier

muss sich daher etwas Grundsätzliches verändern.

**PS:** Sehen Sie Ihre Dienststelle im Ministerium als personell ausreichend ausgestattet?

**Thorsten Hoffmann:** Als ich Anfang März die Stelle des Polizeibeauftragten antrat, war für mich erst einmal wichtig, wie ich diese Stelle aufbaue,

um arbeitsfähig zu werden. Von Anfang an wurde ich durch eine Referentin unterstützt, die schon viele Jahre im Ministerium des Innern – und hiervon einige auch in der Polizeiabteilung – gearbeitet hat. Seit mehr als zwei Monaten ist auch mein Geschäftszimmer besetzt. Dort arbeitet ebenfalls eine Kollegin, die seit vielen Jahren im Haus arbeitet.

Die Zukunft wird zeigen, wie es weitergehen wird. Im nächsten Jahr werde ich in meinem Bericht an den Landtag unter anderem auch meine Erfahrungen darstellen und eine erste Bilanz meiner Arbeit ziehen.

Dann werde ich auch auf dieser Grundlage die Personalfrage einschätzen können. ■

## Nachersatz bei der Polizei – die Personalsituation bleibt angespannt

Mit Beginn der Regierungsübernahme wurden die Einstellungszahlen der Polizei sofort erhöht – die Versäumnisse der Vorgängerregierungen konnten aber auch durch diese Maßnahme nicht kompensiert werden.

### ➤ Ausgangsposition im Jahr 2017

Als die „NRW-Koalition“ aus CDU und FDP ihre Arbeit übernahm, fiel der Kassensturz in der Innenpolitik verheerend aus. Höchste Fallzahlen in Bereichen, die sich insbesondere im subjektiven Sicherheitsempfinden der Menschen widerspiegeln (zum Beispiel Wohnungseinbruchdiebstahl), gepaart mit einer erheblichen personellen Unterdeckung machten ein sofortiges Handeln erforderlich. Es galt, wenigstens die schlimmsten Folgen abzumildern und einen ohnehin schon vollkommen überlasteten Personalkörper nicht in den Kollaps zu führen sowie das Vertrauen der Menschen in den Rechtsstaat und seine Organe wiederherzustellen.

### ➤ Historie der Versäumnisse und beispielloser Niedergang der öffentlichen Verwaltung in NRW

Jahrelang wurde versucht, durch Personalabbau bei der



➤ In Gesprächen mit Vertretern der Landtagsfraktionen werden viele Vorhaben diskutiert und Positionen ausgetauscht. Daniel Siveke (CDU, Vorsitzender Innenausschuss Landtag NRW), Erich Rettinghaus (Landesvorsitzender DPolG NRW), Sascha Gerhardt (Redakteur POLIZEISPIEGEL und stellvertretender Landesvorsitzender DPolG NRW) (von links).

Polizei und anderen operativen Verwaltungsstellen, den maroden Haushalt des Landes zu sanieren. So wurden in der Spitze gerade einmal Einstellungsermächtigungen für 500 Studierende (2004 bis 2008) bei der Polizei des Landes NRW bewilligt. Dies sollte nach Maßgabe der damaligen Verantwortlichen ausreichen, um die Sicherheit des bevölkerungs-

reichsten Bundeslandes (rund 18 Millionen Einwohner) zu gewährleisten. Um die operativen Fähigkeiten bei gleichzeitigem Personalabbau zu gewährleisten, wurde zeitgleich mit der Reduktion der Neueinstellungen die Wochenarbeitszeit auf 41 Stunden erhöht. Zudem wurden Investitionen in die Ausstattung der Polizei massiv zurückgefahren.

Begriffe wie „Lumpenpolizei“ (die Bereitschaftspolizisten mussten mit eigenen Mitteln aus alten Uniformstoffen ihre Einsatzanzüge flicken, um nicht mit zerrissenen Hosen in den Einsatz ziehen zu müssen) waren Sinnbild für die Vernachlässigung der inneren Sicherheit, bildeten jedoch nur die Spitze des Eisbergs einer gescheiterten Finanzpolitik ab und ließen in der Bevölkerung erste Zweifel an der Leistungsfähigkeit der öffentlichen Verwaltung aufkommen. Diese Zweifel waren in der Belegschaft längst in Gewissheit um den desaströsen Zustand umgeschlagen. Selbst die Schusswaffen (Sig Sauer P6) konnten nur noch durch verschrottete Altwaffen funktionsfähig gehalten werden, weil die Firma Sig Sauer die Produktion der Ersatzteile längst eingestellt hatte. Die Bemühungen um den dringend benötigten Ersatz wurden aus Kostengründen geschoben – die Regierung hatte den Polizeiapparat im wahrsten Sinne des Wortes kaputtgespart.

Derartige Fehlentwicklungen bei der Ausstattung wurden allerdings durch massiven Druck der Gewerkschaften seit 2005 zurückgefahren und auch

unter Minister Jäger war man bemüht, die Ausstattungsdefizite zu beheben.

## ► Schwarz-Gelb versprach 2017 einen kompletten Neustart

Anders als im Jahr 2005, in welchem die gleiche Parteienkonstellation wie im Jahr 2017 die Regierungsgeschäfte übernahm, wollten die Verantwortlichen für den Koalitionsvertrag (Armin Laschet [CDU] und Christian Lindner [FDP]) entschlossen agieren.

Damals scheiterte die Regierung Rüttgers (CDU) völlig zu Recht unter anderem an ihrer eigenen Zögerlichkeit. Schließlich bekundeten CDU und FDP seinerzeit im Wahlkampf noch, sie würden massiv in die Stärkung des Rechtsstaates investieren. In der Praxis sah es dann aber so aus, dass man zwar ein massives Sparprogramm aktivierte („Privat vor Staat“), die Stärkung der operativen Fähigkeiten der Verwaltung aber vollkommen vernachlässigte. Weder wurde zeitgerecht dafür gesorgt, dass die Einstellungszahlen bei Polizei und Justiz stiegen, noch nahm man, wie zuvor versprochen, Kürzungen bei der Besoldung und den Zulagen, welche die Vorgängerregierung unter Ministerpräsident Steinbrück (SPD) durchgesetzt hat, zurück. Diese bestehen übrigens bis zum heutigen Tage fort.

Erst viel zu spät gestattete der damalige Finanzminister (Helmut Linsen, CDU) dem glücklich und mit vielen falschen Entscheidungen agierenden Innenminister Ingo Wolf (FDP), die versprochenen Mehreinstellungen (Projekt 1100) vorzunehmen.

Im Grunde lieferte die schwarzgelbe Regierung der Jahre 2005 bis 2010 eine ideale Blaupause



► Gespräche mit der Regierung bilden eine wichtige Grundlage, um die Ziele der DPoIG NRW unmittelbar an die Verantwortlichen zu transportieren. Frank Mitschker (1. stellvertretender Landesvorsitzender DPoIG NRW), Erich Rettinghaus (Landesvorsitzender DPoIG NRW), Innenminister Herbert Reul, Staatssekretär Jürgen Mathies (von links).

dafür, wie man auf keinen Fall regieren sollte.

## ► Neustart von Schwarz-Gelb geglückt

Dass es die Partner der „NRW-Koalition“ ernst meinen, wurde bereits durch den erarbeiteten Koalitionsvertrag sehr deutlich. Als Sofortmaßnahme wurde festgelegt, jährlich 2 300 Neueinstellungen vorzunehmen – dieser Prozess soll bis zum Ende der Legislaturperiode fortgeschrieben werden. Die CDU erinnerte sich zudem an einen eigenen Antrag zur Einstellung von „Polizeiverwaltungsassistenten“ aus der vorangegangenen Legislaturperiode. Der Antrag wurde in der Sachverständigenanhörung durch die DPoIG NRW zwar insgesamt begrüßt. Dennoch erfuhr der Antrag seitens der DPoIG eine Ablehnung, weil die Polizeibehörden nach Vorstellung der CDU entscheiden sollten, ob sie Tarifbeschäftigte oder Polizeibeamte als Nachersatz bekommen wollen. Nach Auffassung der DPoIG sollten zusätzliche Tarifbeschäftigte eingestellt wer-

den, ohne an der Verteilung des Polizeinachersatzes Änderungen vorzunehmen.

Diesem Anliegen der DPoIG folgend, wurde vereinbart, jedes Jahr 500 zusätzliche Tarifbeschäftigte in unbefristetem Beschäftigungsverhältnis einzustellen, um die Polizeibeamtinnen und -beamten auf die Kernaufgaben zu konzentrieren. Der Vorteil der Tarifbeschäftigten sollte insbesondere darin bestehen, die Unterstützung sofort wirken zu lassen. Auch dieses Maßnahmenpaket soll über die gesamte Dauer der Legislatur fortgeführt werden.

Das Vorhaben der Koalitionspartner muss schon als ambitioniert angesehen werden, da auch Fachleute unsicher waren, ob die Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung (FHöV) sowie das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei NRW (LAFP NRW) die Kapazitäten für derart viele Studierende bereithalten können. Hierzu galt es auch die Fähigkeiten des operativen Poli-

zeidienstes der Direktionen GE und K in den Blick zu nehmen, da hier die wichtigen berufspraktischen Studienabschnitte absolviert werden müssen.

Dies galt umso mehr, als der Innenminister verkündete, dass die Einstellungszahlen ab dem Jahr 2019 auf 2 500 Studierende pro Jahr angehoben werden. Mit dieser Ankündigung setzte Herbert Reul eine Forderung der Gewerkschaften um, weil die Quote der Studienabbrecher (mindestens 16 Prozent) das Ziel des personellen Aufwuchses bei der Polizei NRW gefährdete.

## ► Einstellungsoffensive der Regierung kämpft mit erheblichen Schwierigkeiten – DPoIG-Modell kann Abhilfe schaffen

Die Absicht, die Einstellungszahlen der Polizei auf 2 500 pro Jahr anzuheben, wird von der DPoIG NRW ausdrücklich begrüßt. Allerdings darf nicht verkannt werden, dass dieses Vorhaben in der Praxis auf erhebliche Probleme trifft. Gemäß offiziellen Zahlen bewar-



ben sich im Jahr 2018 zwar 7 515 junge Männer und 3 731 Frauen bei der Polizei insgesamt 11 246. Aber bevor überhaupt auch nur ein Bewerber auf seine kognitiven, psychischen, physischen und sozialen Fähigkeiten hin getestet wurde, schieden bereits über 4 300 Bewerber aus den verschiedensten Gründen aus dem Feld aus. Letztlich nahmen lediglich 6 256 Bewerber an den vorgesehenen Testverfahren teil – das ist für eine Bestenauslese bereits zu wenig. Am abschließenden Testverfahren, dem Assessment-Center, nahmen gar nur noch 3 798 Bewerber teil. Bedenkt man, dass im Jahr 2018 die Ermächtigung für 2 300 Einstellungen bestand, kann hier überhaupt nicht mehr von einer Bestenauslese gesprochen werden. Nach Auffassung der DPoIG ist das Bewerberfeld insofern auf keinen Fall auskömmlich. In einem ersten Schritt hat man sich dazu entschlossen, das Bewerbungsfenster deutlich zu öffnen. Waren bislang nur vier Monate Zeit sich zu bewerben, so kann dies ab dem laufenden Jahr ganzjährig erfolgen.

Diese Maßnahme wird aber leider nicht verhindern, dass viele erfolgreiche Bewerber das Studium bei der Polizei nur als Überbrückung für die Wartezeit ihres eigentlichen Berufswunsches betrachten. Ein nicht unbeträchtlicher Teil der mindestens 16 Prozent, welche das Studium nicht erfolgreich absolvieren, wandert nach der bezahlten Studienzeit von der Polizei in andere Fachbereiche ab, für welche sie zuvor Wartezeiten in Kauf nehmen mussten.

„So etwas können wir uns nicht erlauben. Es bedarf einer echten Bestenauslese und hoch motivierter Studierender, um das Ziel der Wiedererlangung der vollen Leistungsfähigkeit der Polizei zu erreichen.

Die DPoIG NRW hat schon vor Jahren deutlich gemacht, dass der Bewerberpool ausgeweitet werden muss. Wir müssen auch geeigneten Absolventen der Mittleren Reife den Zugang zur Polizei ermöglichen – genauso wie es in Rheinland-Pfalz schon seit langer Zeit erfolgreich praktiziert wird. Dort spricht man das gesamte Potenzial der Jahrgänge an, wohingegen man sich in NRW fast ausschließlich auf Abiturienten konzentriert. In vorgeschalteten Abschnitten erwerben die ‚Realschüler‘ in Rheinland-Pfalz die Fachhochschulreife und können dann das Studium an der FHÖV antreten.

Derart motivierte Bewerber verlassen das Studium auch nicht. Diese werden eine Bereicherung für die Polizei NRW sein“, kommentiert der Landesvorsitzende der DPoIG NRW die bestehende Misere bei der Gewinnung des Nachwuchses und fordert die Regierung zum Handeln auf.

➤ **Nachersatz dringend erforderlich – Globalisierung und neue Kriminalitätsphänomene verlangen auch personelle Antworten bei der Polizei**

Der Personalabbau der vergangenen Jahre wurde durch die Vorgängerregierungen immer wieder insbesondere damit gerechtfertigt, dass die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik ja stark rückläufig sei und ein großer Polizeiapparat daher zukünftig nicht mehr benötigt werde.

Diese kurzsichtige Betrachtungsweise macht deutlich, dass in der Vergangenheit offenbar Finanzpolitiker, aber keine Sicherheitsfachleute das Credo des innenpolitischen Handelns bestimmten. Sowohl technische Entwicklungen, aber auch eine globalisierte Welt bringen ganz neue Her-

ausforderungen mit sich. Diese Erkenntnis gilt natürlich nicht nur für die Wirtschaft. Sie gilt auch und ganz besonders für die Gewährleistung der inneren Sicherheit.

Waren und Dienstleistungen werden schon heute nicht mehr ausschließlich auf klassischem Wege bezogen und genutzt. Längst hat auch hier eine digitalisierte Welt einen gewaltigen Markt geschaffen, der selbstverständlich auch vielfältige und neue Kriminalitätsphänomene mit sich bringt.

All diese Entwicklungen waren der Politik natürlich bekannt. Man hat sie aber einfach bewusst ausgeblendet und öffentlich negiert, dass es Probleme gibt, derer die Polizei in ihrer bestehenden Struktur nicht Herr werden kann.

No-go-Areas, organisierte Kriminalität (OK) und Clankriminalität haben sich daher in Nordrhein-Westfalen in beispielloser Weise ausbilden können.

Dass zusätzlich auch terroristische Bedrohungen, insbesondere durch politisch-religiös motivierte Tätergruppen, drastisch zugenommen haben, verstärkt den Druck auf den Sicherheitsapparat nochmals enorm.

Insofern sind die prognostizierten Zahlen für den zu erwartenden personellen Aufwuchs bei der Polizei NRW natürlich ein gutes Zeichen. Hiernach gibt es in diesem Jahr letztmals eine Personalreduktion aufgrund des Verhältnisses der zur Ruhe gesetzten Beamtinnen und Beamten zu den Neueinstellungen (rund 150 Beamte weniger). In den kommenden Jahren dürfte dann die Einstellungsoffensive der schwarzen Regierung greifen, welche einen moderaten Anstieg

des Personals erwarten lassen darf. So sollte sich der Personalbestand in den Jahren 2020 bis 2025 zwischen rund 1 500 und 1 800 gegenüber dem Stand von 2019 erhöhen. In Anbetracht der Tatsache, dass unter der Maßgabe der Mindereinstellungen der Vergangenheit eine Personalreduktion von rund 4 000 Beamtinnen und Beamten prognostiziert wurde, lassen diese Werte eine Entspannung erwarten.

➤ **Konzentration auf Aufgabenschwerpunkte führt bereits gegenwärtig zu erheblicher personeller Unterdeckung in wichtigen Bereichen**

Allerdings dürfen die vermeintlich positiven Prognosen in der Personalentwicklung nicht darüber hinwegtäuschen, dass in den vergangenen Jahren neue Herausforderungen nur bewältigt werden konnten, indem eine Personalverlagerung durchgeführt wurde, die zu Unterdeckungen in wichtigen Bereichen sowohl der Sachbearbeitung als auch bei der operativen Einsatzbewältigung geführt haben. Terrorabwehr, Bildung von spezialisierten Einheiten der Bereitschaftspolizei, Bekämpfung der Clankriminalität, Kampf gegen sexuellen Missbrauch von Kindern sind nur einige Beispiele von vielen gebildeten Schwerpunkten, die natürlich aus bestehenden personellen Ressourcen heraus gebildet werden mussten.

➤ **Personalaufwuchs muss verstetigt werden**

Die Anstrengungen bei der Personalgewinnung müssen insofern auch mittelfristig weiterhin aufrechtgehalten werden, wenn die Regierung verhindern möchte, dass die innere Sicherheit weiterhin „auf Kante genäht“ wird. Denn ein derart an die Grenzen seiner Möglichkeiten geführter



Polizeiapparat kann regelmäßig nur bestehende Phänomene verwalten und ist insofern kaum in der Lage, neuen Herausforderungen sachgerecht zu begegnen.

Dies führt erwiesenermaßen zu einer Überlastung der Beschäftigten und zu einem massiven Vertrauensverlust der Bevölkerung in den Staat und seine Einrichtungen. Dies ist eine der größten Gefahren für einen demokratischen Rechtsstaat, denn dessen Stärke basiert auf dem Vertrauen der Menschen in dessen Funktionsfähigkeit.

Die DPolG NRW wird daher auch neben anderen Bereichen weiterhin einen Schwerpunkt ihrer Arbeit darin sehen, für eine auskömmliche Personalstruktur zu kämpfen und die Strukturen der Polizei weiterzuentwickeln, um bestehende Überlastungen für Kolleginnen

und Kollegen zukünftig zu verhindern und die Reaktionsfähigkeit für neue Phänomene zu gewährleisten, ohne in wichtigen Bereichen quantitative und qualitative Einbußen hinnehmen zu müssen.

► **Ausstattungsoffensive der Landesregierung wichtiger Baustein auch für die Attraktivität des Polizeiberufs – aber weitere Schritte sind erforderlich**

Wichtige Bausteine für die Erreichung der Ziele der DPolG bilden leistungsfähige und motivierte junge Menschen, die den Polizeiberuf ergreifen wollen. Diese gewinnt man nur, wenn sie die Gewissheit haben, dass sie sich für einen Beruf entscheiden, der Perspektiven bietet.

Die Investitionen der Landesregierung in die Ausstattung der Polizei waren insofern einerseits dringend notwendig, um

die Polizei zu befähigen, den bestehenden Gefahrenlagen begegnen zu können. Sie machen aber auch deutlich, dass innere Sicherheit wieder einen hohen Stellenwert bei den politischen Verantwortungsträgern genießt. Dazu sind weitere Verbesserung bei der Karriereentwicklung dringend erforderlich.

Der Innenminister Herbert Reul hat erst unlängst im Gespräch mit allen Gewerkschaften bekundet, dass er bestehende Missstände bei der Funktionszuordnung beheben möchte, indem er die Übernahme von Führungsfunktionen attraktiver machen sowie mehr Fachkarrieren in den Ermittlungsdiensten und in der Verwaltung ermöglichen will. Dies wäre ein bedeutender Schritt, um die Leistungsfähigkeit der Organisation, aber auch die Berufszufriedenheit der Beschäftigten zu verbes-

sern. Hier gilt es nun auch den Finanzminister von der herausragenden Bedeutung dieses Vorhabens zu überzeugen.

Darüber hinaus wird die DPolG natürlich nicht vergessen, dass im Bereich der Erschwerniszulagen umfangreiche Verbesserungen erzielt werden müssen. Im Zuge der Gespräche zur Dienstrechtsreform werden Aspekte wie Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten (DuZ), Wechseldienstzulage, BP-Zulage und weitere Bausteine einer angemessenen Vergütung von der DPolG NRW energisch vertreten.

Die DPolG geht optimistisch an die zukünftigen Herausforderungen, weil sich die schwarzgelbe Regierung guten Argumenten stets offen gezeigt hat und insofern bewiesen hat, dass ihr die Gewährleistung der inneren Sicherheit tatsächlich ein wichtiges Anliegen ist. ■

## Der größte Studienjahrgang der Polizei NRW aller Zeiten startet – die DPolG ist dabei

Noch nie hat es einen größeren Studienjahrgang bei der Polizei NRW gegeben. An den unterschiedlichen Studienstandorten werden 2 500 Studierende den Start in ihr polizeiliches Berufsleben beginnen – natürlich begleitet von zahlreichen ehrenamtlichen Vertretern der DPolG-Kreisverbände.

Die vielen Standorte der Fachhochschulen für öffentliche Verwaltung haben sich genauso wie die Kreisverbände der DPolG NRW gerüstet, um den zahlreichen Studienanfängern einen gelungenen Start in das Berufsleben zu ermöglichen.

Dass es ein enormer logistischer Aufwand ist, die 2 500 Studierenden des Einstellungsjahrgangs 2019 aufzunehmen, ist allen Fachleuten bewusst.

Bis vor einigen Jahren galten Größenordnungen von 1 800 Studierenden als das Maximum dessen, was realisiert werden kann, wenn man bei der Qualität der Ausbildung keine Abstriche machen wollte.

Nachdem der politische Wille durch die neue Landesregierung formuliert wurde, die Einstellungszahlen auf 2 500 anzuheben, suchte man beim Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalwe-

sen (LAFP) in Zusammenarbeit mit den Fachhochschulen nach Lösungen.

Nunmehr wird sich zeigen, ob die Leistungsfähigkeit von FHöV und LAFP ausreicht, um diese Herausforderung zu meistern. Die DPolG NRW ist aber zuversichtlich, dass dies gelingen wird.

► **DPolG-Kreisverbände mit großem Engagement vor Ort**

Natürlich lassen es sich auch die DPolG-Kreisverbände der Studienstandorte sowie zahlreiche benachbarte Kreisverbände nicht nehmen, die neuen Kolleginnen und Kollegen zu begrüßen und diesen mit



© DPolG KV Münster



Rat und Tat zur Seite zu stehen.

Stellvertretend für die vielen Aktivitäten der Kreisverbände hat die Redaktion des POLIZEI-SPIEGELS einen Blick nach Münster und Bielefeld geworfen.

Kreativität, optischer Auftritt und Engagement waren sehr beeindruckend – und auch die vielen geführten Gespräche und die große Aufmerksamkeit, die den Infoständen der DPOIG zuteilwurden, haben allen Akteuren deutlich vor

Augen geführt, dass sich jede Minute der intensiven Vorbereitung gelohnt hat.

Natürlich konnten interessierte Kolleginnen und Kollegen an den Ständen nicht nur wichtige Informationen erhalten. Es gab

auch Einsatztaschen, Rucksäcke, Fachhandbücher und viele nützliche „Give-aways“ die im Laufe der Zeit neue Besitzer fanden.



## Neue Kollegen für die Behörden – die DPOIG beglückwünscht die Absolventen zum erfolgreichen Studium

In aufwendigen Zeremonien werden die fertig ausgebildeten Polizeikommissarinnen und Polizeikommissare

sowie Verwaltungsbeamtinnen und Verwaltungsbeamte und die neue Tarifbeschäftigten in den Behörden

begrüßt – eine schöne Willkommenskultur, die eines sehr deutlich macht: „Ihr seid uns wichtig!“

Exemplarisch für viele Aktivitäten in den Kreispolizeibehörden wirft die Redaktion des POLIZEISPIEGELS in die-



> Der Saal war bis zum letzten Platz gefüllt, als die Vereidigung feierlich vollzogen wurde.



© Gerhardt (2)

Waren gut auf die Begrüßung der Neuzugänge vorbereitet – die Vertreter des DPoIG-Kreisverbandes Wuppertal.

sem Jahr einen Blick nach Wuppertal.

Es ist viel los im Vorfeld des Septembers in den Polizeibehörden des Landes NRW. Die Führungsstellen sowie die Polizeiverwaltung müssen schließlich zum zentralen Versetzungstermin der Polizei einen reibungslosen Dienstbeginn für die vielen Neuzugänge gewährleisten. Schlüssell und Transporter für Liegenschaften, neue Spinde, Zugänge zu den Vorgangsbearbeitungssystemen, Übergabe vollständiger Führungs- und Einsatzmittel und viele andere Dinge müssen gut vorbereitet werden, um den Berufsstart der neuen Kolleginnen und Kollegen gelingen zu lassen.

### Begrüßungskultur am Beispiel des PP Wuppertal

So wartet auch auf die neuen Kolleginnen und Kollegen des

PP Wuppertal ein volles Programm, das zeitlich zwar eng getaktet ist, aber dennoch auch Raum zum Genießen dieses wichtigen Moments lässt.

Schon Monate vor dem großen Ereignis galt es für den Vorbereitungsstab der Zeremonie, eine geeignete Örtlichkeit zu finden. Der große Saal 300 im Präsidium würde schließlich wegen der sehr aufwendigen Sanierung des Präsidiums nicht zur Verfügung stehen. Immerhin erwartete man beim Polizeipräsidium Wuppertal rund 200 neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die ausgelagerte Veranstaltung würde darüber hinaus aber auch erhebliche Anforderungen an die Logistik stellen. Das PP Wuppertal umfasst schließlich die Gebiete dreier Großstädte (Wuppertal, Solingen und Remscheid), sodass

auch die Liegenschaften in erheblicher Entfernung zueinander liegen. Mittels Busshuttle konnten aber auch diese Probleme bewältigt werden.

### Vereidigungszeremonie mit buntem Rahmenprogramm zu einem eindrucksvollen Ereignis gemacht

Am Ende der Vereidigungszeremonie sah man in erstaunte Gesichter der neuen Mitarbeiter. Neben abwechslungsreichen Reden wurde die Veranstaltung durch ein Ensemble des Polizeimusikkorps, welches die herausragende Sängerin Alexandra Abraham (selbst Beamtin des PP Wuppertal) musikalisch begleitete, bereichert. Davon zeigte sich auch das anwesende Fernsteam des WDR vollkommen überrascht und beeindruckt. Kurzum, die Veranstaltung empfanden alle Anwesenden mehr als gelungen und einer Vereidigungszeremonie absolut würdig.

### DPoIG-Kreisverband Wuppertal natürlich vor Ort dabei

Letztlich erreichten zum zentralen Versetzungstermin mit 186 neuen Beamtinnen und Beamten deutlich weniger neue Kolleginnen und Kollegen das PP Wuppertal, als es zuvor erwartet wurde – was aber natürlich die Freude über die anwesenden neuen Kollegen keinesfalls schmälerte.

Im Rahmen der Begrüßung mit Vereidigungszeremonie heißt in Wuppertal auch traditionell der DPoIG-Kreisverband die neuen Kolleginnen und Kollegen willkommen. In enger Abstimmung mit der Öffentlichkeitsarbeit gelang es den Verantwortlichen des Kreisverbandes auch in diesem Jahr wieder, einen angemessenen Platz für die Begrüßung der neuen Kolleginnen und Kollegen zu erhalten.

Auf diese Weise konnten erste Gespräche mit DPoIG-Mitgliedern geführt werden, die zum PP Wuppertal versetzt wurden. Aber auch die Kolleginnen und Kollegen, die bislang noch nicht Mitglied der DPoIG sind, freuten sich über die Begrüßung seitens der DPoIG Wuppertal.

Neben nützlichen Hinweisen für die zukünftige Dienstgestaltung, erhielt auch jeder Interessierte eine wasserfeste Kladder mit wertvollen Informationen zur Behörde und zur DPoIG.

Alle Beteiligten des DPoIG-Kreisverbandes, welcher tatkräftig von Mitarbeitern der Debeka-Geschäftsstelle Wuppertal bei der Begrüßung unterstützt wurde, waren sich einig darin, dass man sich die Begrüßung der neuen Kollegen im kommenden Jahr auf keinen Fall entgehen lassen werde.



Fröhliche Gesichter und Traumwetter beim anschließenden Gruppenbild – die Veranstaltung wird sicher noch eine Weile auf die neuen Kollegen wirken.